

Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmung vom 26. November 2017
Für Rückfragen	Gabriela Blatter, Präsidentin glp Stadt Bern; 078 623 27 42, gabriela.blatter@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, 3000 Bern bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	25. Oktober 2017

Parolen zur Gemeindeabstimmung vom 26. November 2017

Die Grünliberalen (glp) der Stadt Bern haben für die Gemeindeabstimmung vom 26. November zwei Mal die Ja- und ein Mal die Nein-Parole beschlossen. Sie unterstützen das Tram Bern – Ostermundigen und die Sanierung des Burgfeld-Schulhauses. Das Produktgruppenbudget 2018 empfehlen sie hingegen zur Ablehnung.

Die Vorlage zum Tram Bern – Ostermundigen wurde von der Mitgliederversammlung kontrovers diskutiert. Wie schon bei dem 2014 von den Stadtberner Stimmberechtigten gutgeheissenen, von den Nachbargemeinden Köniz und Ostermundigen jedoch abgelehnten Tramprojekt Region Bern schwangen aber auch bei dieser reduzierten Variante der damaligen Vorlage die befürwortenden Argumente obenaus. Mit 26 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme und drei Enthaltung sieht die klare Mehrheit im Tramprojekt die beste, wenn auch nicht die einzig denkbare Lösung für die bestehenden und zukünftig noch wachsenden Kapazitätsengpässe auf der heutigen Buslinie 10 zwischen Bern und Ostermundigen. Sie erachten das grenzüberschreitende Tram als wichtigen Beitrag zum verstärkten Zusammenwachsen der Agglomeration Bern und zu einer umweltverträglichen Bewältigung der mit dem Wachstum und Lifestyle verbundenen Mobilitätszunahme. Die Zustimmung der Grünliberalen wird zudem durch die Tatsache beeinflusst, dass die für die Stadt Bern anfallenden Kosten zu einem grossen Teil Sanierungsmassnahmen an Kanalisations- und Werkleitungen betreffen, die auch ohne das Tramprojekt notwendig wären.

Zum Budget 2018 beschlossen die Grünliberalen die Nein-Parole. Sie kritisieren die unverändert hohe Steueranlage. Ihrer Ansicht nach sind die Voraussetzungen für eine moderate Steuersenkung in der Stadt Bern zur Zeit auch unter Berücksichtigung des bestehenden Sanierungs- und Investitionsplanung an Schul- und andern Gebäuden bei weitem erfüllt. Das Erheben von Steuern auf Vorrat lehnen die Grünliberalen ab.

Die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Burgfeld erachten die Grünliberalen als notwendig.
Sie empfehlen die entsprechende Vorlage deshalb diskussionslos zur Annahme.